

Brief aus BÄRlin



Ausgabe vom
23.11.2018

- **KI Umsetzungstrategie**
- **Runder Tisch – Influencer**
- **Digital Transformation Summit**
- **Smart Country Convention**
- **Breitbandmessung-APP**
- **Insta-Live mit @dorobaer**
- **Diese Woche im Parlament - Haushaltswoche**
- **Die Gute Nachricht der Woche**
- **@DoroBaer in den Medien**

**Liebe Freundinnen und Freunde der CSU,
meine sehr verehrten Damen und Herren,**

mit meinem Newsletter „Brief aus BÄRlin“ möchte ich Sie in regelmäßigen Abständen über die aktuellen politischen Geschehnisse im Deutschen Bundestag informieren. Über Ihre Anregungen und Vorschläge freue ich mich sehr und lasse sie gerne in meine politische Arbeit einfließen.

Dorothee Baer

Strategie Künstliche Intelligenz “KI made in Germany“

“Deutschland und Europa müssen in Zukunft führender Standort für Künstliche Intelligenz sein,“ sagte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am 13. November 2018 zu Beginn der Kabinettsklausur in Potsdam.

Künstliche Intelligenz soll zu einem internationalen Markenzeichen für moderne, sichere und gemeinwohlorientierte KI-Anwendungen auf Basis des europäischen Wertekanons werden. Ziel ist es, die Lebensqualität für alle Menschen in Deutschland weiter zu steigern, die wirtschaftlichen und ökologischen Potenziale zu entfalten und den sozialen Zusammenhalt zu sichern. Damit das gelingt, hat das Kabinett die von BMWi, BMBF und BMAS gemeinsam vorgelegte Strategie Künstliche Intelligenz beschlossen. Bei der KI-Forschung ist Deutschland international schon jetzt in der Spitzengruppe vertreten. Diese Forschungsbasis soll weiter gestärkt werden. Vor allem aber soll Deutschland beim Transfer in Anwendungen in der Industrie besser werden. Bis 2025 will der Bund insgesamt etwa drei Milliarden Euro für die Umsetzung der Strategie zur Verfügung stellen. Das Geld soll vor allem in die Forschung fließen. Die

Bundesregierung geht davon aus, dass private Investitionen in gleicher Höhe hinzukämen, so dass bis 2025 insgesamt sechs Milliarden Euro zusätzlich investiert würden.

Die KI-Strategie beschreibt zentrale Ziele der Bundesregierung und besteht aus fünf Handlungsfeldern: Digitale Kompetenz, Infrastruktur und Ausstattung, Innovation und digitale Transformation, Gesellschaft im digitalen Wandel und Moderner Staat. Die Handlungsfelder machen die vielen Vorteile des digitalen Wandels für die Menschen erlebbar. Zu jeder Herausforderung bietet die Umsetzungsstrategie konkrete Lösungen mit Umsetzungsplänen. Die Strategie wird kontinuierlich weiterentwickelt und das Erreichen der Ziele gemessen und überprüft.

„Davon hängt ganz wesentlich unser künftiger Wohlstand ab und die Frage, ob und wie wir unsere europäischen Werte von der Würde jedes einzelnen Menschen und dem Schutz der Privatsphäre auch im digitalen Zeitalter verteidigen können,“ betonte die Kanzlerin.

Die vollständige Strategie der Bundesregierung unter: www.ki-strategie-deutschland.de



Brief aus BÄRLin

Digital Transformation Summit der WirtschaftsWoche

Besseres Ökosystem für Influencer schaffen

Am Dienstag, 20. November 2018, lud die Beauftragte der Bundesregierung für Digitalisierung, Staatsministerin Dorothee Bär, MdB, zu einem Runden Tisch zu aktuellen Anliegen der Influencer Szene ein. Neben zahlreich ausgewählten Influencern saßen weitere Vertreter der Bundesregierung am Runden Tisch, darunter Staatssekretär Gerd Billen aus dem Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz, Stefan Schnorr, Abteilungsleiter für „Digital- und Innovationspolitik“ im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Cornelia Holsten, die Direktorin der Bremischen Landesmedienanstalt Bremen und Vertreter der Länder.

„Influencer und Influencer Marketing haben sich in den letzten Jahren durch soziale Medien wie Instagram, YouTube, musical.ly, Twitter und Facebook zu einem bedeutenden Wirtschaftszweig entwickelt. Die Branche hat aber stark mit Rechtsunsicherheit zu kämpfen, insbesondere was die Kennzeichnung von Werbung angeht,“ erklärte die Staatsministerin eingangs in ihrer Runde. „Auch die Richter schauen mit traditionellen Schablonen auf das Thema Werbung, die für das Zeitalter der Influencer nicht mehr alle passen. Wir müssen daher auch die Justiz schulen, damit die Rechtsprechung realitätsnäher ist“.

Staatsministerin Bär wird den Dialog über notwendige Anpassungen in der Regulatorik mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Veranstaltung weiter führen. Der Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des fairen Wettbewerbs sehe etwa schon eine Reihe von Regelungen zur Verhinderung des Missbrauchs des bewährten Abmahnrechts vor. Man müsse prüfen, ob auch die Belange der Influencer hier aufgenommen werden können, so Staatsministerin Bär.



Mit dem fünften Digital Transformation Summit brachte in dieser Woche die WirtschaftsWoche Experten auf die Bühne und diskutierte in Workshops mit Festival-Atmosphäre. Der Summit verteilte sich – fernab von klassischen Konferenzen – mit verschiedenen und neuen Formaten für Diskussionen und Erfahrungsaustausch auf zwei Bühnen und einer interaktiven Workshop-Area, mit dem Ziel, Vertreter der Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft zur aktiven Beteiligung anzuregen, und Kongressteilnehmerinnen und Kongressteilnehmer über die anstehende Veränderung aufzuklären, bezüglich Risiken zu sensibilisieren und konkrete Handlungsempfehlungen auszusprechen. Staatsministerin eröffnete die Veranstaltung mit einer Keynote, in der sie betonte, wie wichtig es sei, dass mit der Digitalisierung zunächst ein Umdenken in den Köpfen der Menschen stattfinden müsse, denn erst dann könne eine Transformation unserer konventionellen Modelle stattfinden.

Die WirtschaftsWoche begleitet Unternehmen auf ihrem Digitalisierungsweg mit Vorreiterbeispielen und und erfolgreichen Unternehmen, die die digitale Transformation vorangetrieben haben.

Auf dem Digital Transformation Summit wurden kreative Geschäftsideen von Unternehmen und Startups präsentiert, mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern um einen Speaking Slot gepitcht und parallel in Digi Sessions diskutiert - zielgerecht und interaktiv.

In diesem Rahmen wurden zu den Themen Künstliche Intelligenz, Big Data und Robotik neue Perspektiven und Werte vermittelt, die zukunftsentscheidende Wege in der digitalen Welt ermöglichen.

Brief aus BÄRlin

Smart Country
Convention 2018

In dieser Woche fand Europas führende Kongressmesse zum Einsatz digitaler Technologien und Lösungen im städtischen und ländlichen Raum statt – die Smart Country Convention 2018. Auf der Smart Country Convention präsentierten führende Digitalunternehmen wie die Telekom oder Microsoft ihre Lösungsvorschläge, wie sich beispielsweise Länder und Kommunen im Hinblick auf Digitalisierung und Infrastruktur in den Bereichen Energie, Mobilität und der öffentlichen Sicherheit verbessern können. Unterstützung erhält die Messe in Berlin neben dem Partner des Hightech-Verbandes Bitkom, vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat.

„Wir werden es nur gemeinsam hinbekommen, wenn wir sagen: Es gibt kein wichtigeres Thema als Digitalisierung,“ sagte die Staatsministerin Dorothee Bär, MdB, bei ihrem Besuch auf der Kongressmesse in Berlin.

Bei der Smart Country Convention 2018 präsentierte sich der skandinavische Staat als offizielles Partnerland. Der dänische Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen eröffnete die Veranstaltung.



Ihr hattet immer schonmal eine Frage an Dorothee Bär?

Dorothee Bär
LIVE
auf Instagram

Dienstag · 27.11.2018 · 18.30 Uhr

Jetzt folgen auf Instagram [@dorobaer](https://www.instagram.com/dorobaer)

GOOD TO KNOW



Das BMVI hat die neue Breitbandmessung-App präsentiert. Das BMVI hatte die Bundesnetzagentur beauftragt, ihre bestehende App zur Breitbandmessung so zu erweitern, dass Bürgerinnen und Bürger Lücken in der Mobilfunkabdeckung melden können – ganz einfach und unbürokratisch. Das Update steht ab sofort für Android und iOS im Google Play Store und Apple App Store zum kostenlosen Download zur Verfügung.

„Mit der neuen App eröffnen wir die Jagd auf die weißen Flecken im Mobilfunknetz. Ab sofort können uns die Bürger melden, wo sie in ein Funkloch geraten sind. Die App speichert den Standort – und überträgt die Daten, sobald das Handy wieder Internet hat. Auf Grundlage dieser Information werden wir mit den Mobilfunk-Anbietern darüber sprechen, wo die Netze noch weiter verbessert werden müssen,“ so Bundesminister Scheuer.

Die App „Breitbandmessung“ der Bundesnetzagentur ist bedienerfreundlich gestaltet: Mit einem Klick auf die Schaltfläche „Netzverfügbarkeit erfassen“ startet der Nutzer die Abfrage. Ab diesem Zeitpunkt erfasst die App in regelmäßigen Abständen von maximal 50 Metern, ob eine Netzabdeckung vorhanden ist – und ob sie durch 2G-, 3G- oder 4G-Technologie gegeben ist. Die erfasste Wegstrecke wird dem Nutzer auf einer Karte dargestellt. Sobald genügend Daten vorliegen, wird die Bundesnetzagentur sie in einer detaillierten Karte zusammenfassen und veröffentlichen. Zudem soll im Jahrestakt ein Monitoring-Bericht zur Netzabdeckung vorgelegt werden.



In dieser Woche beschloss der Deutsche Bundestag den Bundeshaushalt 2019. Der Bundeshaushalt bedeutet einen weiteren Schritt zur Stärkung unseres Landes. Das Parlament investiert in zentrale Zukunftsbereiche wie Verkehrsinfrastruktur, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz. Die Sicherheit ist und bleibt weiterhin zentrales Thema. Der Verteidigungsetat wächst um fast 5 Milliarden gegenüber 2018. Der Zusammenhalt in der Gesellschaft wird gestärkt durch Investitionen in digitale Bildung, Kinderbetreuung und Wohnen. Familien werden spürbar entlastet durch die Erhöhung des Kindergeldes und durch die Möglichkeit, Baukindergeld zu beantragen.

Insgesamt belaufen sich die Ausgaben des Bundes im Jahr 2019 auf 356,4 Milliarden Euro. Bereits seit 2014 kommt der Bundeshaushalt ohne neue Schulden aus. 2019 wird erstmals seit 2002 wieder das Maastricht-Kriterium von maximal 60 Prozent Gesamtverschuldung eingehalten.

Das Haushaltsgesetz 2019 enthält die Einzelpläne aller Verfassungsorgane sowie aller Bundesministerien. Mit der 2. Lesung des Haushaltsgesetzes begann am Dienstag die Haushaltswoche. In einer Schlussdebatte werden die Einzelpläne zusammengefasst und der Deutsche Bundestag verabschiedet das Haushaltsgesetz 2019. Mit einer Verkündung des Gesetzes im Bundesgesetzblatt bis Ende des Jahres kann der Bundeshaushalt 2019 pünktlich zum Jahresbeginn 2019 in Kraft treten.

Bundesministerium der Finanzen. In diesem Jahr wird insbesondere der wichtige Bereich der Zollverwaltung mit 775 zusätzlichen Stellen ausgestattet. Ziel ist es, personell gestärkt nicht nur gegen Umgehungen des Mindestlohns und Geldwäsche vorgehen zu können, sondern auch bei Kontrollen an internationalen See- und Flughäfen besser aufgestellt zu sein. Insgesamt steigen die Ausgaben im Bereich des Einzelplans 08 auf knapp 7,2 Mrd. Euro.

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur. Der Haushaltsausschuss erhöhte den Einzelplan 12 um fast 282 Millionen Euro im Vergleich zum Regierungsentwurf auf insgesamt knapp 29,3 Milliarden Euro. Die zusätzlichen Mittel sind für Infrastruktur, Mobilität und Vernetzung bestimmt. Insbesondere beschloss der Ausschuss Mittel in Höhe von 330 Millionen Euro, um an 118 Bahnhöfen für Barrierefreiheit zu sorgen. Auch für den Bereich automatisiertes und vernetztes Fahren werden ab 2019 zusätzliche Mittel in dreistelliger Millionenhöhe zur Verfügung stehen.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit. Der Haushaltsausschuss hat eine Aufstockung des Einzelplans 16 um rund 20 Millionen Euro auf knapp 2,3 Milliarden Euro beschlossen. Gefördert werden künftig beispielsweise kommunale Modellvorhaben zur Umsetzung der ökologischen Nachhaltigkeitsziele in

Strukturwandelregionen. Investiert wird auch in ein neues Programm gegen die Vermüllung der Meere, mit dem entsprechende Technologie exportiert werden soll.

Bundesministerium für Gesundheit. Der Einzelplan 15 erhöht sich aufgrund des parlamentarischen Verfahrens gegenüber dem Regierungsentwurf um knapp 35 Millionen Euro auf 15,3 Milliarden Euro. Insbesondere für Modellprojekte zur telemedizinischen Anwendung werden bis zum Jahr 2022 insgesamt 23 Mio. Euro eingeplant.

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Der Haushaltsausschuss erhöht den Regierungsentwurf um rund 78 Millionen Euro auf über 6,3 Milliarden Euro. Dies ist vor allem Ergebnis aus Maßnahmen zur Steigerung des Tierwohls und der Berücksichtigung von Dürrehilfen für die Forstwirtschaft, die vergleichbar zur Landwirtschaft von besonderen Trockenperioden in diesem Jahr betroffen sind.

Bundeskanzleramt. Die Debatte des Einzelplans 04 wird als politische Generaldebatte geführt. Die Koalition hat den Ausgaberahmen gegenüber dem Regierungsentwurf um knapp 145 Millionen Euro auf rund 3,2 Milliarden Euro angehoben. Der Einzelplan enthält auch das Budget der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien. Dieser steigt auf das Rekordniveau von 1,9 Milliarden Euro. Verantwortlich dafür ist beispielsweise ein neues Denkmalschutz-Sonderprogramm in Höhe von 40 Millionen Euro und zusätzliche Mittel und Fördermöglichkeiten für die Filmförderung.

Auswärtiges Amt. Der Haushaltsausschuss stellt im Einzelplan 05 zusätzlich rund 252 Millionen Euro zur Verfügung. Der Etat wächst damit auf rund 5,8 Mrd. Euro. Dies folgt vor allem aus Mittelaufwüchsen in den Bereichen humanitäre Hilfe und Krisenprävention. Aber auch das Goethe-Institut und die Alexander von Humboldt-Stiftung erhalten zusätzliche Finanzmittel.

Bundesministerium der Verteidigung. Dem Ressort sollen im kommenden Jahr 43,2 Milliarden Euro zur Verfügung stehen, im Regierungsentwurf waren 42,9 Milliarden Euro vorgesehen. Gegenüber dem Soll von 2018 steigt der Etat damit sogar um 4,7 Milliarden Euro (+ 12,2 Prozent). Diese zusätzlichen Mittel dienen insbesondere der Entwicklung eines Luftverteidigungssystems, der Beschaffung eines U-Boots und der Beschaffung eines Mehrzweckkampfschiffs. Deutschland wird damit seiner gewachsenen internationalen Verantwortung gerecht.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Der Einzelplan 23 soll laut Beschlussempfehlung des

Haushaltsausschusses im kommenden Jahr 10,2 Milliarden Euro betragen. Damit steigt er gegenüber dem Regierungsentwurf um 520 Millionen Euro.

Dieser Ausgabenanstieg ergibt sich vor allem aus jeweils zusätzlich 100 Millionen Euro für Krisenbewältigung und für die finanzielle Zusammenarbeit, aber auch aus höheren Beiträgen an die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen, einem Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose sowie Malaria und einer Sonderinitiative „Fluchtursachen bekämpfen“.

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat.

Nach den Beschlüssen des Haushaltsausschusses wird der Etat des Einzelplans 06 im Jahr 2019 mit 15,8 Milliarden Euro um rund 786 Millionen Euro höher ausfallen als noch im Regierungsentwurf. Die Mehrausgaben kommen insbesondere der Bundespolizei und dem Bundeskriminalamt zu Gute. Darüber hinaus werden jeweils 100 Millionen Euro für die Beschaffung von Fahrzeugen für die Bereitschaftspolizeien der Länder und für den Bevölkerungsschutz, insbesondere für die freiwilligen Feuerwehren, zur Verfügung gestellt. Aber auch die Bürgerinnen und Bürger profitieren direkt von dem höheren Etat des Einzelplans 06. So wird das Programm „Kriminalprävention durch Einbruchschutz“ auf dem hohen Niveau des Jahres 2018 fortgeführt und eine App „Die Polizei warnt“ entwickelt, um leicht über die neuesten Maschen von Betrügern zu informieren. Ebenso stehen mehr Mittel für die Städtebauförderung und den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung.

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz. Die Koalition hat im parlamentarischen Verfahren den Ausgabenrahmen

des Einzelplans 07 um knapp 19 Millionen Euro auf fast 900 Millionen Euro angehoben. Im Wesentlichen schlägt sich hier der „Pakt für den Rechtsstaat“ nieder, mit dem der Deutsche Bundestag den konsequenten Rechtsstaat fördern. Konkret geht der Bund bei der personellen Stärkung von Gerichten und Justizbehörden voran.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Der Haushaltsausschuss hat den Regierungsansatz um fast 134 Millionen Euro auf knapp 8,2 Milliarden Euro aufgestockt. Ziel ist neben zahlreichen Fördermaßnahmen des Einzelplans 09 eine Stärkung des Forschungsstandortes Deutschland. Hier schlagen nicht nur insbesondere zusätzliche Mittel in Millionenhöhe zur Förderung der Künstlichen Intelligenz, sondern auch die Gründung von fünf neuen Instituten des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrttechnik zu Buche.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Die Koalition hat im Haushaltsausschuss

den Ausgabenrahmen des Einzelplans 17 um fast 144 Millionen Euro auf rund 10,4 Milliarden Euro angehoben. Ein Großteil des Aufwuchses kommt dem Elterngeld als gewichtigste Leistung in diesem Bereich zu Gute. Daneben wird aber auch beispielsweise der Bundesfreiwilligendienst finanziell gestärkt und Maßnahmen zur Verbesserung der Kinderbetreuung umgesetzt. Zudem werden zusätzliche Mittel für die Erhöhung des Kindergeldes um 10 Euro ab dem 1. Juli 2019 bereitgestellt.

Bundesministerium für Bildung und Forschung. Der Haushaltsausschuss hat den Regierungsentwurf des Einzelplans 30 um rund 124 Millionen Euro auf knapp 18,3 Milliarden Euro angehoben. Wesentliche Projekte hierbei sind die Gründung einer Agentur für Sprunginnovationen, mit der die Entwicklung von hochinnovativen Ideen zu neuen Technologien, Produkten und Dienstleistungen mit deutlich marktveränderndem Potenzial gefördert werden sollen. Ebenso werden für Fraunhofer-Institute zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Der größte Etat fällt in der Ausschussfassung mit knapp 145,3 um 1,05 Milliarden Euro höher aus als im Regierungsentwurf. Damit liegt der Ansatz um rund 6,1 Milliarden Euro über dem Soll 2018 (+ 4,4 Prozent). Dieser Aufwuchs ist vor allem auf höhere Ausgabeansätze beim Arbeitslosengeld II sowie bei der Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung zurückzuführen.

Ländergesamtheit erzielt Haushaltsüberschüsse

September 2018 lag der Überschuss der Gesamtheit der Länder laut einem Bericht des Bundesfinanzministeriums bei 19,6 Milliarden Euro. Erstaunlich ist dies vor allem unter Berücksichtigung der Planungen der Länder, die von einem Finanzierungsdefizit von 3,6 Milliarden Euro ausgingen. Die acht westdeutschen Flächenländer haben von Januar bis September 2018 einen Überschuss von 11,1 Milliarden Euro erwirtschaftet. Die fünf ostdeutschen Flächenländer kamen auf ein Plus von 4,4 Milliarden Euro. Bei den drei Stadtstaaten betrug der Überschuss 4,2 Milliarden Euro. Gleichzeitig stieg das Investitionsvolumen der Bundesländer um 6,0 Prozent gegenüber dem Vorjahr an.

(Quelle: Bundesfinanzministerium)





Dorothee Bär
November 20 at 11:25 AM · G
Da bringt man den Kindern lecker Kekse mit und sie freuen sich noch nicht mal... 🍪🍪 Versteht Ihr das?

@DoroBaer in den Medien



Folgen Sie mir auf



oder schreiben Sie mir eine E-Mail
dorothee.baer@bundestag.de
...am liebsten ist mir aber der direkte (Augen-)Kontakt mit Ihnen!

- Bildnachweis:**
S.1 oben Tobias Koch
S.2 unten links Dorothee Bär
S.2 oben rechts Dorothee Bär
S.3 unten links Dorothee Bär
S.6 unten Dorothee Bär